

Gilmer Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Brede nova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Anzeigen werden in der Verwaltung gegen Vorzahlung billiger Gebühren entgegengenommen. Bezugspreise: Für das Jahr ab 1. Januar 1922 Din 10 —, halbjährig Din 20 —, ganzjährig Din 40 —. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern Din —.50

Nummer 10

Donnerstag den 2. Februar 1922

4. [47.] Jahrgang

Die Partei der Deutschen im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen.

Unsere Landsleute, die Schwaben in der Wojwodina, sind an die Gründung einer Partei der Deutschen im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen herangetreten, die mit dem Tage der Veröffentlichung des Aufrufes des vorbereitenden Vollzugsausschusses in den deutschen Blättern der Wojwodina in die Öffentlichkeit tritt. Wir entnehmen diesen Aufruf dem führenden Organ der Deutschen in Südslawien, dem Novisader Deutschen Volksblatt vom 29. Jänner l. J., und bringen ihn im nachfolgenden vollinhaltlich:

An die deutsche Bevölkerung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen!

Seit der Aufrichtung unseres Vaterlandes von allen öffentlichen Rechten ausgeschlossen, sind wir Deutsche durch die Verfassung, wenn auch vorläufig nur theoretisch, in den Vollbesitz der bürgerlichen und politischen Rechte eingesetzt worden.

Öffentliches Recht aber ist öffentliche Pflicht

und da wir Deutsche entschlossen sind, unsere Pflichten gegen den Staat gewissenhaft zu erfüllen, so sind wir daran geschritten, die deutsche Bevölkerung unseres Staatsgebietes in einer politischen Organisation zusammenzufassen, die als

Partei der Deutschen im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen

mit dem heutigen Tage auf den Plan tritt.

Unsere Partei steht auf dem Boden unbedingter Treue zur Allerhöchsten Dynastie und dem durch sie begründeten Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen, unserem Vaterlande, zu dessen innerem und äußerem Aufschwunge die deutsche Bevölkerung nach ihren besten Kräften beizutragen entschlossen ist. Wir fordern unsern Anteil an der Arbeit um des Vaterlandes Wohl, an der Sorge um seine Zukunft, an der Freude an seinem Aufstieg.

Darum verwahren wir uns vor allem dagegen, daß uns die durch die Verfassung gewährleisteten öffentlichen Rechte noch immer vorenthalten werden, obwohl wir zu den öffentlichen Lasten in ausgiebigstem Maße herangezogen werden. Das ist ein unwürdiger Zustand, den kein wahrer Vaterlandsfreund un widersprochen hinnehmen kann, denn die politische Entrechtung weiter Bevölkerungskreise steht in so grellem Widerspruche zu den Verheißungen und Ideen unserer Zeit, daß sie das Ansehen und die Würde unseres Staates auf das tiefste zu erschüttern geeignet ist. Das zur Begründung dieser in keinem anderen Staate bekannten Ausnahmehandlung der deutschen Bevölkerung herangezogene Optionsrecht hat damit nicht das mindeste zu schaffen, den das Optionsrecht ist nicht Optionspflicht und es konnte in keinem Augenblicke zweifelhaft sein, daß

die deutsche Bevölkerung in ihrer weitaus überwiegenden Mehrheit von allem Anbeginne an entschlossen war, der heimatischen Scholle die Treue zu bewahren. Dazu kommt, daß die Optionsfrist für uns bereits verstrichen und damit auch der einzige Vorwand, der die politische und bürgerliche Entrechtung der deutschen Staatsbevölkerung begründen sollte, hinfällig geworden ist. Der gegenwärtige Zustand, der uns Deutsche noch immer von der Ausübung aller politischen Rechte ausschließt, steht im Widerspruch mit der uns gegebenen Verfassung. Auf dem mit Blut und Schweiß unserer Väter gedüngten Heimatboden wollen wir nicht länger als Staatsbürger zweiter Klasse bloß gebuhel werden. In Staat und Gesellschaft beanspruchen wir die ungekürzte Einsetzung in alle Rechte, welche die Verfassung den Staatsbürgern gewährt, insbesondere die bedingungslose Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechtes für die Nationalversammlung und die Gemeindevertretungen, wie überhaupt die ungehemmte politische Bewegungsfreiheit und das uns bisher vorenthaltene Koalitions- und Versammlungsrecht.

Als gesetzlich unbegründet, politisch einseitig und darum verwerflich halten wir die Anschließung der grundbedürftigen deutschen Bevölkerung von der Agrarreform, sowie die vielfach vorgekommene und bedauerlicherweise noch immer vorkommende Handhabung der Agrarreform zur Bedrängung des deutschen Grundbesitzes. Wir verwahren uns dagegen, daß deutscher Grundbesitz den Eigentümern ohne das geringste Entgelt einfach weggenommen wird, obendrein, wie das in sehr häufigen Fällen geschehen ist, unmittelbar vor der Ernte, so daß der deutsche Landwirt nicht nur um Grund und Boden, sondern auch um das Saatgut und die Früchte seiner Jahresarbeit gebracht wird, trotzdem aber die ganze Steuerlast auf sich nehmen mußte. Das primitivste Rechtsgefühl fordert, daß den Agrarcommissionen, welche über deutschen Grundbesitz verfügen, auch deutsche, mit den Ortsverhältnissen vertraute Landwirte beigezogen werden und daß die bodenständige grundbedürftige Bevölkerung von den Wohltaten der Agrarreform nicht einfach ausgeschlossen und jeder Existenzmöglichkeit beraubt werde, bloß weil sie deutscher Volkszugehörigkeit ist. Die ganze Agrarreform ist auf gesetzliche Grundlagen zu stellen und ihre Durchführung aus dem Bereiche administrativer und nationaler Willkür auf die Höhe moderner bodenreformatorischer und sozialer Maßnahmen emporzuheben.

Aus dem gleichen Grunde legen wir Verwahrung ein gegen die vorgekommenen Sequestrationen und Staatsaufsichten, fordern die unverzügliche Aufhebung derselben und Garantien dafür, daß das Vermögen der eigenen Staatsangehörigen deutscher Volkszugehörigkeit, sowie ihrer Vereine und Institutionen nicht so behandelt werde, als wären diese im Kriegszustande befindliche Feinde unseres Staates.

Die gewaltsame Verdrängung der deutschen Sprache, die von einem Fünftel der gesamten Staatsbevölkerung als Muttersprache in Anspruch genommen wird, in weiten Gebieten unseres Staates aber einen weit höheren Prozentsatz ausmacht und in zahlreichen Gemeinden die Muttersprache der

gesamten bodenständigen Bevölkerung ist, aus dem öffentlichen Verkehre empfinden wir als ein schweres Unrecht, zugleich aber auch als eine Schädigung wichtiger Interessen der öffentlichen Verwaltung und als eine politische Verfehlung, da sie ein wirksames Eintreten für die nationalen Rechte der außerhalb unseres Staatsgebietes verbliebenen Serben, Kroaten und Slowenen unmöglich macht. Ohne daher den Rechten der Staatssprache irgendwie nahezu treten zu wollen, fordern wir, innerhalb des tatsächlichen Bedürfnisses, die Anerkennung und die gesetzliche Festlegung des Geltungsbereiches der deutschen Sprache im Verkehre der deutschen Staatsbevölkerung mit den Behörden und Ämtern, den freien Gebrauch unserer deutschen Muttersprache in Kundmachungen, auf Aufschriften und dgl., und verwahren uns gegen die schroffe Ablehnung seitens mancher Behörden, die, obgleich die deutsche Sprache in ihrem Bereiche die vorherrschende ist, mit den Parteien nicht in ihrer Muttersprache verkehren wollen. Damit im Zusammenhange steht auch die Forderung, daß in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes, vornehmlich in den deutschen oder auch nur zum Teile von Deutschen bewohnten Gemeinden, sowie in den Zentralstellen auch Beamte deutscher Volkszugehörigkeit angestellt werden.

Die durch die Gesetze allen Staatsangehörigen eingeräumte kulturelle und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit darf der deutschen Staatsbevölkerung fürder nicht vorenthalten oder auch nur verkümmert werden. Unsere Jugend hat ein Recht auf Erziehung und Unterricht in ihrer Muttersprache und darum verlangen wir für die deutsche Bevölkerung die ihren Bedürfnissen entsprechenden deutschen Lehranstalten, insbesondere auch deutsche Lehrerbildungsanstalten, Mittel- und Fachschulen, wobei sich ganz von selbst versteht, daß der auch von uns geforderten Pflege der Staatssprache und der staatsbürgerlichen Erziehung vollauf Rechnung zu tragen ist. Die auch von unserem Staate den nationalen und konfessionellen Minderheiten zugesicherten, dem modernen Rechts- und Kulturempfinden entsprechenden Mindestrechte nehmen wir für die deutsche Bevölkerung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unverkürzt in Anspruch.

In wirtschaftlicher Hinsicht vertreten wir den Grundsatz möglicher Freiheit in Handel und Wandel, nehmen daher Stellung gegen jede Einschränkung der handelsrechtlichen und wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit und Koalitionsfreiheit durch bloße Verordnungen, fordern Maßnahmen zur Gesundung unserer Volkswirtschaft, rascheste Behebung aller Mängel im Verkehre und Transportwesen, Beseitigung der Verworfenheit und Willkür auf dem Gebiete des Steuer- und Gebührenwesens, sowie eine gleichmäßige Aufteilung der öffentlichen Lasten. Steuern sollen nur auf Grund von Gesetzen, nicht aber auf bloße Verordnungen hin eingehoben werden, daher eine einheitliche gesetzliche Regelung aller einschlägigen Fragen für das gesamte Staatsgebiet in die Wege zu leiten ist.

Wir erblicken in der Einlösung der Kriegsanleihen eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit, zugleich aber auch eine der Voraussetzungen zur Festi-

zung unseres Staatskredits sowie der wirtschaftlichen und sozialen Konsolidierung unseres Vaterlandes.

In sozialer Hinsicht vertreten wir eine Politik der Fürsorge für die Schwachen und Hilfsbedürftigen aller Stände, insbesondere für die Arbeiter aller Kategorien und die Kriegsinvaliden ohne Unterschied der Volkzugehörigkeit.

Die Bekämpfung der Korruption auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens halten wir für eine der vornehmsten Pflichten aller Vaterlandsfreunde.

Durchbrungen von der Ueberzeugung, daß nur die politische Mitarbeit aller Bürger des Vaterlandes unseren Staat zum Aufschwunge bringen kann, wollen wir Deutsche als ein tätiges Glied der politischen Lebensgemeinschaft unsere besten Kräfte einsetzen, selbstlos und treu, mit Herz und Hand.

In diesem Sinne laden wir die deutsche Bevölkerung unseres Staatsgebietes ein, der

Partei der Deutschen
im Königreiche der Serben, Kroaten
und Slowenen

beizutreten, die örtlichen Parteiorganisationen aufzustellen und sich in allen politischen Angelegenheiten an Herrn Dr. Hans Moser, Advokaten in Semlin, zu wenden.

Ende Jänner 1922.

Für den vorbereitenden Vollzugsausschuß:

Dr. Karl Erling, Advokat.	Franz Moser, Vizebürgermeister.
Dr. Wendelin Müller, Arzt.	Samuel Schumacher, Pfarrer.
Dr. Hans Moser, Advokat.	
Ludwig Wittmann, Mühlenbesitzer.	

Wie unsere Nachbarn über uns urteilen.

Im Kalender des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes für das Jahr 1922 lesen wir einen Aufsatz, den wir hier wiedergeben:

Wir Deutsche haben das Brot unserer Wahlheimat nirgends umsonst gegessen. Das haben gerechte und einsichtige Männer aus den Völkern, in deren Mitte wir uns niedergelassen haben, auch stets in klarer Weise und mit eindringlichen Worten be-

stätigt. Unser Geschichtsschreiber Prof. Dr. R. F. Kaindl (früher in Czernowitz, jetzt in Graz) hat in seinen Schriften „Geschichte der Deutschen in den Karpatenländern“ (Gotha, 3 Bände), „Die Ansiedlung der Deutschen in den Donauländern“ (Frankfurt, zeitgemäße Broschüren) zahlreiche Zeugnisse gesammelt, aus denen die Wertschätzung der deutschen Ansiedler und ihrer Arbeit hervorgeht. Wir wollen hier aus den genannten Schriften eine kleine Auswahl bringen, und verweisen im übrigen auf die genannten Werke.

Schon der ungarische König Stephan der Heilige (gestorben 1038) hat sich über die Wichtigkeit der deutschen Einwanderung ausgesprochen. In der berühmten Ermahnungsschrift an seinen Sohn Emerich hat er in einem besonderen Abschnitt den Schutz und die Pflege der Ansiedler behandelt. Unter diesen waren die Deutschen ganz besonders zahlreich; mit ihrer Hilfe hat er den Thron behauptet und sein Reich neu eingerichtet. Der König zählt die Vorteile auf, die das Land den Einwanderern zu danken hat, und schließt dann: „Deshalb, mein Sohn, empfehle ich dir, jene mit gutem Willen zu pflegen und ehrenvoll zu halten, damit sie lieber bei dir weilen, als anderswo wohnen. Wenn du nämlich bestrebt sein solltest, das zu zerstören, was ich baute, oder zu zerstören, was ich sammelte, so wird zweifelsohne dein Reich am meisten leiden. Damit dieses nicht geschehe, so vermehre täglich die Mittel deines Reiches, damit deine Krone allen Menschen als herrlich erscheine.“

Als mehr als zwei Jahrhunderte später König Bela IV. nach den Verwüstungen durch die Mongolen daran ging, seinem Reich durch Ansiedlung von Deutschen wieder aufzuhelfen, verkündete er (1268): „Nachdem die Tartaren unser Reich mit Gottes Zulassung in ihrer barbarischen Wildheit verwüstet, viele von den Bewohnern entweder getötet oder weggeführt und Ungarn, das früher reich bevölkert war, an vielen Orten in eine Wüste verwandelt hatten, haben wir uns bestrebt, aus allen Ländern Menschen, sowohl Bauern als Ritter, zur Wiederbesiedlung des entvölkerten Landes mit einer königlichen Rundmachung herbeizurufen. Jenen, die unserem Rufe folgten, um in unserem Reich zu wohnen, geben und bestimmen wir Ländereien und Besitzungen . . . so auch ein verwüstetes Dorf einem deutschen Ritter Neussell, ihm und seinen Erben und deren Nachkommen.“

Wieder zwei Jahrhunderte später kam ein päpstlicher Nuntius nach Ungarn, der uns folgendes berichtet: „Dieses Reich bewohnen Germanen, die gerne arbeiten und im allgemeinen betriebfam sind. Von ihnen sagt man, daß sie den größeren Teil des Reiches besitzen, weil die Ungarn sich durch

mäßigen Fleiß auszeichnen, zumal das Volk, das Ueberfluß an Lebensmitteln hat und darüber hinaus um nichts sorgt. Die Deutschen betreiben aber alle Gewerbe und Handel und graben aus den Bergen allerlei Metalle, Gold, Silber, Kupfer und Blei. Dadurch haben sie erreicht, daß man mit Recht sagen kann: außer den deutschen Städten ist nichts der Erwähnung wert.“

Der bekannte ungarische Gelehrte Pulszky hat in der „Ungarn-Revue“ 1884 folgendes über die Bedeutung der Deutschen für Ungarn gesagt: „Die Städte wurden zum großen Teil durch deutsche Einwanderung gegründet und bevölkert; dadurch erhielt auch das Gewerbe selbst zu der Zeit, als die Anjou vom neapolitanischen Zweige auf dem Throne saßen und italienische Familien politischen Einfluß erlangten, einen durchaus deutschen Charakter. Auf den Weihgeschenken, welche König Ludwig der Große 1360 (1374) der Domkapelle von Aachen widmete, ist die einzige Inschrift eine deutsche, und die schöne Goldschmiedearbeit zeugt von keinem italienischen Einfluß.“

Von serbischer Stimme sei auf die Äußerungen des Diplomaten und Gelehrten Miladen Georgewitsch hingewiesen. In seinem Buche, „Die serbische Frage“ (1902) schreibt er: „Serbien ist nicht bloß durch seine Geschichte und seine geographische Lage, sondern auch durch seine ganze Kultur, welche eine Tochter der deutschen Kultur ist, kräftig mit Zentraleuropa verbunden. Die Serben sind begeisterte Nachfolger und Verbreiter der germanischen Zivilisation, weil sie nie vergessen können, was sie alles der deutschen Kultur zu verdanken haben.“

Der bulgarische Professor Arnaudoff rät im angesehenen bulgarischen Tagblatt „Utro“ seinen Volksgenossen, ihre Vorbilder bei den Deutschen zu suchen. Er preist den deutschen Geist und Fortschritt. Die Fortschritte der Universität in Sofia sind auf deutsche Einflüsse zurückzuführen. Deutsche Sprache, Bücher und Musik haben in Bulgarien viele Verehrer.

Der rumänische Professor Aurel Popovici faßt sein Urteil über die deutsche Kulturarbeit in die Worte zusammen: „Ohne Einfluß der germanischen Kultur hätten wir fast nichts von einer Nationalkultur.“

Mit diesen Zeugnissen wollen wir uns an dieser Stelle begnügen. Wir haben dem nichts mehr hinzuzufügen, als daß wir stets wie unsere Ahnen zu arbeiten und die Kultur zu fördern bereit sind. Möge man uns nur stets auch die Möglichkeit geben, unsere völkischen Eigenschaften zu erhalten und zu bewahren.

Wie ich Flieger wurde.

Von Feldpilot Hans Ramor, Kočevje.*

(Fortsetzung.)

Im Jahre 1914 kam ich auf die sonderbare Idee, meinen Gleitsieger umzubauen und mit einem Luftschiff zu kombinieren, d. h. ich wollte an den Körper eines beiläufig 16 Meter langen Ballons, einer Zigarre ähnlich, die Flügel und die Steuerflächen meines Gleiters anbringen.

Über dem ganzen Luftschiff-Segelflugzeuge beachtete ich die Anbringung eines Mastes. Durch Gas- oder Rauchfüllung des Körpers wollte ich ohne Anlauf in die Luft und, einmal oben; mittels Segel weiterfliegen.

Ich kam aber nur bis zur Vollenbung des Hauptgerüsts, denn es kam der Tag, wo der schon seit Jahrzehnten an den Rand des Abgrundes gewälzte Stein ins Rollen kam, um lawinenartig niedersausend Millionen zu zermalmen und zu zerschmettern. Mobilisierung.

Bei der Affentkommission brachte ich die Bitte um Einteilung zur Luftschiffer-Abteilung vor. Da der anwesende Sekretär bestätigen konnte, daß ich mich seit meiner Jugend der Fliegerei widmete, wurde meinem Ansuchen entsprochen. Meine Marschroute lautete: J. N. 84, Flieger-Abt., Wien. Dort sollte ich meine Rekrutenausbildung durchmachen. Ich hatte aber die Frechheit zu sagen, daß ich diese schon in Dabljana mitgemacht hätte. Bei dem Wirbel, der damals war, eine Kleinigkeit. Warum sollte ich schließlich, wenn es ging, nicht anderen Mühe und Ärger und mir Schikanereien ersparen?

Kurze Zeit darauf erfolgte meine Transferierung

zum Ballonkader nach Fischamend, angeblich zur Pilotenausbildung. In Wirklichkeit aber schulterten wir Gasflaschen, trugen Bretter, wurden zu Erdbarbeiten verwendet und standen schließlich bei allen unmöglichen Objekten Posten. Die Aufsichtschergen frozgelten uns noch, in dem sie meinten, das gehöre alles zur Ausbildung.

Ich wünschte keinem Menschen das, was ich dort mitgemacht habe. Einquartiert waren wir bei „Mappes“ im Keller eines Gasthauses, der zugleich Hühnern und Enten als Stall diente. Tagtäglich verschwanden ein paar von diesen Tierchen und da wir dem Gastrate keine andere Antwort geben konnten, als sie seien fortgeflogen, schmiß er uns kurzerhand mit Sack und Pack auf die Straße. In der „Alten Mühle“, wo wir auf das hin untergebracht wurden, froren wir jämmerlich, da uns keine Decken gegeben wurden. Ich wollte mich bei Rapport darüber beschweren, aber da kam ich schon an: „Was“, schrie der Dienstführende, „fast ist es Ihnen und da wollen Sie Pilot werden! Da wird nichts daraus, ich werde Sie ablösen und zur Infanterie transferieren lassen.“

Da mußte ich noch schön bitten, daß er das unterließ, denn ich wollte doch auf jeden Fall Flieger werden.

Endlich nach drei furchtbaren Monaten kam die Erlösung in Form eines Befehles, der den Unterabteilungen die sofortige Abtransferierung aller für die Pilotenschule bestimmten auftrug. Ich kam mit noch 12 Mann zur Ersatzkompanie 12, die sich ebenfalls in Fischamend befand.

Nachdem wir uns dort gemeldet, wurden wir, zirka 25 Mann, in das Garnisonsspital nach Wien zur spezialärztlichen Untersuchung geschickt, von deren günstigem Ausfallen der Eintritt in die Schule abhing. Zwei Tage lang zog man uns dort herum, von einer Klinik in die andere, bis schließlich acht von uns zum Fliegerdienste tauglich waren, darunter ich.

Nach unserem Einrücken erhielten wir „Auscrnählten“ die Erlaubnis privat wohnen zu dürfen. Wir jauchzten auf.

Am nächsten Tage wurden wir unserem zukünftigen Lehrer, dem bekannten Bleriotflieger Stiposchek, vorgestellt. Er war damals noch in Zivil und wurde erst später, ohne vorher Soldat gewesen zu sein, Leutnant.

In Reih und Glied standen: Guber, Traub, Ott, Angyal, Klein, Postl, Lambert und ich.

Einen nach dem anderen fragte er aus. Jeder behauptete, in Zivil schon Motorflugzeuge geflogen zu haben, in Wirklichkeit hatte aber, wie es sich später beim praktischen Unterrichte herausstellte, kein einziger auch nur eine Idee davon, also konnte auch ich nicht zurückbleiben und dies umsoweniger, als früher die anderen Schüler erzählt hatten, wer noch nicht geflogen, werde sofort entlassen.

„Auch schon geflogen?“ fragte der Lehrer. „Ja wohl.“ „Was für einen Typ?“ „Bleriot“, sagte ich, ohne eine Ahnung zu haben, daß er Bleriotflieger und daß eine solche Maschine bei der Kompanie war. „So, so, Bleriot sind Sie geflogen? Wo und wieviele Aufstiege?“ „In Paris, ich habe dort 33 Aufstiege gemacht“, log ich drauf los. „Das ist ja interessant, da können Sie mir ja auch erzählen, wie es dort, wo auch ich gelernt habe, zugeht.“

Zum Glück konnte ich ihm Aufklärung geben, da ich mich tatsächlich bei der bewussten Schule kurze Zeit aufgehalten hatte.

Er schenkte meinen Ausführungen Glauben und bestimmte, daß ich am nächsten Tage mit seinem Bleriot fliegen sollte.

Das war eine schöne Bescherung für mich. Ich sollte mit einer Maschine fliegen, die ich nur dem Sehen nach kannte.

*Bergl. Cillier Zeitung vom 12. 19., und 26. Jänner 1922.

Politische Rundschau

Inland.

Der Innenminister für die strenge Durchführung der Verfassung.

Der Innenminister Dr. Boja Marinković hat nachfolgendes Rundschreiben erlassen: Ich habe bemerkt, daß die Gebietsverwaltungen die Vorschriften der Verfassung, durch die die früheren Gesetzesbestimmungen in den einzelnen Provinzen umgeändert wurden, nicht auf gleiche Weise auslegen. Es scheint mir, als ob die einzelnen Organe der Verwaltungsbehörden dächten, daß die Bestimmungen der Verfassung verbindlichen Charakter bloß für die gesetzgebende Behörde hätten und daß bis zur Annahme neuer Gesetze in jedem Falle nach den Gesetzen vorzugehen sei, die in den einzelnen Provinzen bis zum Tage, da die Verfassung angenommen wurde, in Geltung standen, ohne Rücksicht auf die Verfassungsbestimmungen. Eine solche Auffassung ist gegen die ausdrückliche Bestimmung des Artikels 142 der Verfassung, demzufolge mit dem Tage der Verlautbarung der Verfassung alle Gesetzesvorschriften, die mit den Verfassungsverordnungen im Widerspruch stehen, ungültig geworden sind. Die Verfassung ist durch die Verlautbarung in Kraft getreten und ist verbindlich für alles und für jedermann. Deshalb befehle ich allen Verwaltungsgebieten, daß sie in jeder Beziehung im Sinne der Verfassung vorzugehen haben, ohne Rücksicht auf die Gesetze, die in Geltung stehen, soweit sie den Bestimmungen der Verfassung widersprechen. Ganz besonders verweise ich auf die Bestimmungen des zweiten Teiles der Verfassung, der von den grundsätzlichen Rechten aller Staatsbürger handelt, die peinlich geachtet werden müssen und für deren allfällige Verletzung von Seite der Verwaltungsgebiete ich mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen die Organe vorgehen werde, die eine solche Verletzung verschuldet haben sollten. — Diese scharfen Worte des Innenministers, die, wie er selbst sagt, seine eigenen Beobachtungen notwendig machten, bereiten der peinlichen Unsicherheit ein Ende, in die ein Teil der Staatsbürger dieses Staates durch das Vorgehen verschiedener Organe in den verschiedenen Verwaltungsgebieten des Reiches auch nach der Annahme der Verfassung gedrängt wurden. Es kann kein Zweifel bestehen, daß dieser Erlaß an den Stellen, an die er gerichtet ist, eine entsprechende Wirkung ausüben muß. Der Wille des Ministers, jede Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte, die für alle gleich sind, unnachlässig zu ahnden, zeigt klar den Weg, der in jedem einzelnen Falle zu gehen ist. Wir Deutsche haben mehr als eine Ursache, die Erklärung des Ministers zu begrüßen.

Im Hangar besah ich mir später den „Merlot“ von allen Seiten und kam bei dieser Betrachtung zu dem Schlusse: Morgen sind wir beide fertig!

Dem Apparaturwärter, der eben dazu kam und mich fragte, was ich da herumzuspionieren hätte, erzählte ich, daß ich morgen damit fliegen würde und bat ihn, mir das Anlassen und die Behandlung zu erklären, da die Maschine grundverschieden sei von der, die ich seinerzeit geflogen.

Er kam meiner Bitte nach, erzählte mir aber auch nebenbei, daß vor ein paar Monaten ein Schüler zur Kompagnie eingerückt sei, der ebenfalls behauptet hätte, schon diesen Typ geflogen zu sein. Um zu zeigen, was er könne, gab man ihm einen „Merlot“ und fünf Minuten darauf war er in die Ewigkeit geflogen.

Das waren schöne Aussichten für mich, mir standen die Haare zu Berge!

Die ganze Nacht schloß ich kein Auge, tausenderlei Gedanken und Pläne kamen mir, einen richtigen Entschluß brachte ich aber nicht fertig. Für alle Fälle schrieb ich an die Meinen ein paar Karten, vielleicht die letzten, ordnete meine Habseligkeiten und ging aufs Flugfeld.

Merkwürdig, wie mir die Welt, als ich ins Freie trat, vorkam, so schön hatte ich sie noch nie gesehen. Unwillkürlich kam mir der Gedanke: „Du nimmst Abschied davon, deshalb — — — deshalb!“ Ich wurde sehr traurig.

Als ich auf dem Flugplatz anlangte, standen schon vier Maschinen startbereit, darunter auch der „Merlot“. Jemand rief meinen Namen und die Worte: „Sofort zum Leber!“

Mit Riesenschritten kam das Verhängnis — — in den nächsten Minuten mußte etwas Furchtbares geschehen! (Fortsetzung folgt.)

Der Handelsvertrag mit Deutschösterreich im Parlament.

In der Sitzung des Parlamentes vom 28. Jänner 1. J. verlas der Sekretär des Ausschusses für Handelsverträge Dr. Jovan Manojlović den Vorschlag dieses Ausschusses zur Verlängerung des zeitweiligen Handelsvertrages mit Deutschösterreich bis zum 31. Juli 1922. Der Abgeordnete Stulj der slowenischen Volkspartei verlangte, daß gleichzeitig mit dem Vertrage auch die Frage der Reisebewilligung zwischen Deutschösterreich und unserem Staate und der Transitverkehr zwischen den beiden Ländern geregelt werde. Der klerikale Abgeordnete Dr. Hohnjec sprach über den Schaden, der für die Grenzbevölkerung aus der Einstellung der Eisenbahnverbindung Maribor—Ljubomer erwächst. Der sozialistische Abgeordnete Dr. Korun erklärte sich im Namen der Sozialdemokraten aus formellen und meritorischen Gründen gegen den Antrag des Ausschusses. Seiner Meinung nach könne Deutschösterreich, wie es heute ist, nicht leben. Es werde sich, um sein Leben zu retten, an Deutschland anschließen müssen. Er plädierte dafür, daß es gut wäre, wenn Deutschösterreich an Deutschland angeliebert werde, weil es auf diese Weise zu einer Revision der Friedensverträge käme. Bei der Abstimmung wurden 109 Stimmen für und 29 Stimmen gegen den Antrag abgegeben, zusammen 138. Da aber das Quorum 141 Stimmen bildet und nicht so viele Abgeordnete anwesend waren, wurde die Beschlusfassung vertagt. Der Präsident des Parlamentes erklärte, daß es Abgeordnete gäbe, die nicht auf die Sitzungen kämen, und schon fünf Monate nicht im Parlamente zu erblicken gewesen wären. In der Parlamentsitzung vom 30. Jänner wurde neuerdings über den Handelsvertrag abgestimmt. Für den Antrag stimmten 122 Abgeordnete, dagegen 35.

Rücktritt des Ausschusses für die Verwaltungseinteilung des Staates.

Auf der Sitzung des Parlamentes vom 30. Jänner legte der parlamentarische Ausschuss für die Verwaltungseinteilung des Staates sein Mandat zurück mit der Begründung, daß die Aufgabe zu umfangreich sei und in der kurzen Zeit nicht gelöst werden könne. Ueberdies wären die Regierungskrise und viele Feiertage in seine Arbeitszeit gefallen. Der Parlamentspräsident teilte mit, daß er den Bericht des Ausschusses dem gesetzgebenden Ausschusse abtreten werde mit dem Ersuchen, ihn sobald als möglich zu erledigen.

Eine Spionageaffäre vor dem Ministerrat.

Auf der Ministerratsitzung vom 27. Jänner 1. J. erstattete der Innenminister Dr. Boja Marinković Bericht über eine angebliche Spionageaffäre in der Zagreber Staatsbahndirektion gelegentlich der Mobilisierung gegen Ungarn. Eine Beamtin dieser Direktion sandte angeblich täglich telegraphische Berichte nach Kaposvár, daß nach dem Umsturz an Ungarn gefallen war, über den Stand der Eisenbahn, die Bewegung der Züge und während der Mobilisierung über den Stand und den Transport unserer Truppen an die ungarische Grenze. Die Direktion sagt uns, daß sie von diesen Berichten keine Kenntnis gehabt habe und daß die Beamtin nicht wußte, daß Kaposvár zu Ungarn gehöre. Das nach drei Jahren. Der Ministerrat beschloß die bezüglichen Akten dem Eisenbahnminister abzutreten, der den Chef der Zagreber Direktion Franjić zur Verantwortung zu ziehen hat. Diese Geschichte hat in den jugoslawischen Blättern beträchtliche Aufregung hervorgerufen und trägt nicht dazu bei, die Beziehungen zwischen Zagreb und Beograd zu spannen.

Ausland.

Forderungen der Tschechen und Slowenen in Deutschösterreich.

Wie aus Wien gemeldet wird, fand dieser Tage dort eine Vertreterversammlung der Tschechen und der Kärntner Slowenen statt, auf der über die kulturellen und politischen Rechte, die sie von Deutschösterreich zu verlangen haben, verhandelt wurde. Der frühere Minister Dr. Zahradnik sprach des langen und breiten und betonte, daß die Slawen in Ober- und in Niederösterreich darauf hinarbeiten müssen, daß ein Korridor zwischen Prag, Wien und Jugoslawien errichtet werde. Er bedauerte es, daß die Tschechoslowakei beim Umsturz im Jahre 1918 sich nicht genügend der Kärntner Slowenen angenommen und sie so Jugoslawien erhalten hätten. Er schlug eine Resolution vor, in der im Namen der Tschechen und der Kärntner Slowenen verlangt wird, daß überall, wo Tschechen bzw.

Slowenen wohnen, Volks- und Mittelschulen, an der Hochschule für Bodenkultur in Wien ein besonderer Lehrstuhl für tschechische Hörer errichtet werden. — Wir haben in unserer Nummer vom 22. Jänner 1. J. berichtet, und zwar aus tschechischer Quelle, daß die nach Wien zugewanderten Tschechen dortselbst 15 öffentliche und 8 Hilfsvolksschulen, 2 Bürger-, 1 Real- und 1 Handelsschule haben. Die Prager Bohemia schätzt die Zahl der Tschechen in Deutschösterreich auf ein Sechstel der Bevölkerung.

Englische und französische Kredite für Deutschösterreich.

Blättermeldungen zufolge will die englische Regierung Deutschösterreich eine Anleihe von zweieinhalb Millionen Pfund Sterling geben. Wie nun der Pariser Matin meldet, bereitet auch die französische Regierung einen Gesetzentwurf vor, der für Deutschösterreich einen Kredit in der Höhe des englischen vorsteht. Der gesamte Kredit würde sich danach auf fünf Millionen Pfund Sterling belaufen. Die französische und die englische Regierung wären der Ansicht, daß eine Hilfeleistung für Deutschösterreich unumgänglich ist, die es ihm gestatten würde, seine Finanzen zu sanieren, ohne die Bevölkerung auszuhungern. Die Folge dieses Kredites werde ein sofortiges Steigen der Krone sein. Der „Matin“ rühmt die von der deutschösterreichischen Regierung angewandte Methode, um die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die von den Alliierten vorgeschlagen worden sind, durchzuführen. Die bisherigen Erfahrungen mit den versprochenen ausländischen Krediten lassen jedoch gewisse Zweifel aufkommen, ob es sich nicht auch diesmal um bloße Versprechungen handelt.

Eine Zwangsanleihe in Deutschland.

Aus Berlin wird gemeldet, daß es in den Finanzberatungen des Reichstages hinsichtlich der Aufbringung der Reparationszahlungen zu einem Kompromißübereinkommen gekommen ist. Danach wird eine Zwangsanleihe von 40 Milliarden Papiermark eingebracht. Diese Zwangsanleihe wird fünf Jahre unverzinslich sein, dafür soll auf das zweite Drittel des Reichsnotopfers verzichtet werden. Sowohl von den Sozialdemokraten wie von sämtlichen anderen Parteien wurden Konzessionen gemacht. Die Sozialdemokraten geben der Erwartung Ausdruck, daß die Zwangsanleihe eine Milliarde Goldmark einbringen wird. Die deutsche Volkspartei fordert Garantien, daß die eine Milliarde Goldmark nur für Reparationen und nicht zur Sanierung von Reichsbetrieben verwendet werde.

Amerikas Ansprüche an Deutschland.

Bekanntlich erfließen aus dem Versailler Friedensvertrage auch für Amerika Ansprüche an Deutschland. Und dieses Land, das während und nach dem Kriege das Gold der ganzen Welt über den Ozean geleitet hat, will, wie aus Washington gemeldet wird, seine Ansprüche auch geltend machen. Im Weißen Hause kam man überein, die amerikanischen Forderungen auf dem Wege von Verhandlungen geltend zu machen, die zu einem besonderen Schiedsvertrag mit Deutschland führen sollen, mit dem Ziel einer Entscheidung durch einen Schiedsgerichtshof. Das Endergebnis der Beratung im Weißen Hause war, daß Staatssekretär Hughes diese Ansprüche auf diplomatischem Wege geltend machen soll. Der Gesamtbetrag der amerikanischen Ansprüche wurde nicht bekanntgegeben. Man weiß jedoch, daß er sehr hoch ist.

Der deutsche Reichskanzler über die politische Lage Deutschlands.

Auf der Sitzung des deutschen Reichstages vom 16. Jänner 1. J. gab der deutsche Reichskanzler Dr. Wirth eine Erklärung der Reichsregierung ab, in der er die Haltung der gegenwärtigen Regierung mit folgenden Worten zeichnete: Im Innern Aufbau des Staates, Entfernung der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Kriegsschäden: die innere Konsolidierung des Reiches; nach außen die Mitarbeit Deutschlands zur Herstellung eines wahren Friedens. Nach Genua werden wir gehen und zwar mit der Devise, welche die der Konferenz ist: Verständigung unter allen Völkern, armen und reichen, Siegern und Besiegten. Gegen Frankreich nimmt die deutsche Politik, so nun Briand oder Poincaré am Ruder ist, denselben Standpunkt ein, nämlich einen Standpunkt, der sich aus dem guten Willen zum Frieden und der klaren Erkenntnis der politischen Verhältnisse ergibt. Deutschland ist bereit, im Rahmen des Möglichen zuzufriedenzustellen.

Englisch-belgischer Schutzvertrag.

Auch Belgien beginnt von Frankreich abzurücken und sich englisch zu orientieren. Der Pariser

Petit Parisien veröffentlicht den Wortlaut des beabsichtigten anglo-belgischen Schutzvertrages, dessen erster Artikel lautet: Im Falle eines direkten und nicht provozierten Angriffes auf Belgien eilt Großbritannien sofort mit allen seinen Kräften zu Hilfe, zu Wasser und in der Luft Belgien zu Hilfe.

Aus Stadt und Land

Marburger Männer-Gesangsverein.

Wir verweisen auf unsere in der letzten Nummer unter der Überschrift Festkonzert gebrachte Nachricht und bemerken hiezu, daß die Veranstaltung am 7. Februar l. J. um 8 Uhr abends im Saale der Brauerei Götz stattfindet. Das Konzert wird ein festliches Gepräge an sich tragen, da der M.-G.-V. hiedurch die Feier seines 75jährigen Bestandes würdig, unter Vermeidung jedes Brunkes nach außen hin, den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, begehen will. Da sich bereits ein sehr reges Interesse bekundet, wird es gut sein, sich die Karten im Vorverkauf, den Vereinsmitglied Herr Josef Peteln übernommen hat, zu besorgen. Neben den bereits erwähnten Chören des Männer- und gemischten Chores wird in liebenswürdiger Weise Frau Amelie Urbaczek einige Arien und zwar aus den Opern „Freischütz“, „Glöckchen des Eremiten“ und „Romeo und Julia“ singen. Weiters spielt die Violin-Virtuosin Frau Fanny Brandl-Pelikan unter Orchesterbegleitung Sarasates „Zigeunerweisen“ und die „Preislied-Paraphrase“ von Wagner-Wilhelms. Das Reinertragnis fließt dem heimischen Invalidenfonds zu.

Das Zikquartett. Jene Vereinigung von vier genialen jungen Leuten, die sich kürzlich die Wiener und Prager Kritik im Sturme erobert hat, ist zu einem kurzen Aufenthalte in Celje eingetroffen und wird demnächst einen Kammermusikabend geben, auf den wir schon heute dringendst aufmerksam machen.

Enquete für den Bau von Wohnhäusern. Infolge der technischen Vorbereitungen finden, wie uns der Stadtmagistrat Celje mitteilt, die Vollversammlung der Enquete zum Bauen von Wohnhäusern nicht Dienstag, den 31. Jänner l. J., statt, sondern sie wird im Wege von Einladungen einberufen werden, sobald alle Vorarbeiten durchgeführt sind. Ferner hat die Wohnungsbehörde in Celje den Hausbesitzern Bögen zugesandt, welche diese genau und im Verlaufe von drei Tagen auszufüllen und dem Wohnungsamt einzusenden haben. Es wird aufmerksam gemacht, daß unter die Mitglieder einer Familie alle Dienstboten und Angestellten, die bei ihrer Herrschaft bzw. in demselben Hause wohnen, gezählt werden.

Feststellung der Wohnungsmiete. Der Stadtmagistrat Celje ersucht uns um Veröffentlichung nachfolgender Kundmachung: Die Wohnungsbehörde macht alle Parteien, die Gesuche um Feststellung der Miete eingereicht haben, darauf aufmerksam, daß diese in ihrer Mehrzahl so mangelhaft abgefaßt sind, daß es unmöglich ist, auf Grund dieser Angaben die Miete festzusetzen. Deshalb werden die Parteien darauf verwiesen, ihren Gesuchen die Bestätigung der Bezirkssteuerbehörde über die Miete am 1. Juli 1914 beizulegen. Bei Wohnungen, die nicht vermietet waren, möge die Partei anführen, wieviel ihrer Meinung nach damals für gleiche Wohnungen in gleichen Teilen bezahlt wurde. Parteien,

die nicht vorwiegend von Lohn oder Pension leben, müssen schließlich den Ausweis über ihr Jahreseinkommen, das als Grundlage für die Bemessung der Einkommensteuer für das letzte Jahr (1921) diene, beifügen. Alle Parteien, welche die obigen Daten nicht angeführt haben, werden aufgefordert, ihre Gesuche durch die bezüglichen Beilagen bis spätestens 10. Februar 1922 zu ergänzen, widrigenfalls ihre Eingaben als nicht eingebracht betrachtet werden. Zugleich macht die Wohnungsbehörde das Publikum noch einmal darauf aufmerksam, daß jedermann der in sich ihrem Amtsbereich niederlassen will, hierzu die erforderliche Bewilligung besitzen muß, widrigenfalls er zwangsweise ausgewiesen und der Urheber der Einmietung nach der Wohnungsverordnung bis zu 50.000 K Geldstrafe oder mit sechs Monaten Arrest bestraft wird. Die behördliche Bewilligung ist für jedermann ohne Ausnahme erforderlich, sei er selbstständig oder in irgendjemandes Dienst.

Mindestlöhne für Handelsangestellte.

Im Sinne eines Beschlusses des Handelsvereins in Celje vom 22. Jänner l. J. wurden nachstehende Mindestlöhne für die Handelsangestellten festgesetzt: für männliche Angestellte bis zum vollendeten 18. Lebensjahre monatlich 1606 K, bis zum 25. Jahre 2400 K, für solche von über 25 Jahre 3200 K. Verheiratete bekommen 20 Prozent mehr, weibliche Hilfskräfte 20 Prozent weniger.

Eine Millionenklage. Unter diesem Stichwort brachte der Slov. Narod am 27. Jänner l. J. nachstehende Notiz: Beim Gerichte haben gegen den Jugoslovenski kreditni zavod die Slovenska banka und die Slovenska eskomptna banka eine Klage um Bezahlung von drei Millionen Kronen eingereicht. — Tags darauf, am 28. Jänner: Unsere gestrige Nachricht unter derselben Aufschrift vervollständigen wir insoweit, daß die Klage nicht gegen den Jugoslovenski kreditni zavod eingereicht wurde, sondern daß die Slovenska banka eine Privatperson um die Bezahlung von zwei Millionen Kronen geklagt hat. Die Forderung der Slovenska banka ist hypothekarisch gesichert und wird, wie uns berichtet wird, dieser Tage bezahlt werden. Die Slov. eskomptna banka ist an der Sache nicht beteiligt. — Wir glauben, daß sich jedes Kommentar erübrigt.

Silber für den Hof. Auf Antrag des Hofmarschallamtes hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten bei der Firma Gerard und Co. in London ein kostbares Silbergeschloß für den königlichen Hof im Werte von 3500 englischen Pfund bestellt.

Das Augenlicht wieder erhalten hat, wie das Deutsche Volksblatt in Noosad berichtet, der vor 15 Jahren vollkommen erblindete und seither pensionierte Gemeindefeldarzt Dr. Razimirović in Osijek. Vor einigen Tagen ging er spazieren und fiel dabei auf dem vereisten Bürgersteige unsanft zu Boden. Als ihn Vorübergehende aufhoben, konstatierte er mit der größten Freude, daß er wieder sehe.

Die Zensur in Rumänien wurde von der rumänischen Regierung vollkommen beseitigt, um die völlige Freiheit des Wahlkampfes für das Parlament zu gewährleisten. Politische Versammlungen sind frei und die Zeitungen unterliegen keiner Aufsicht.

Die deutschen Burschenschaften eine Gefahr für die große Entente. Die Entente-Kommission in München hat, wie bayrische Blätter berichten, die strengste Überwachung der Münchener

farbentragenden Studentenverbindungen gefordert. Ohne Zweifel, weil sie aus den Schmissen auf den Gesichtern der Burschen auf geheimnisvolle Waffenübungen schloß und in den studentischen Aufzügen eine Gefahr für die Entente erblickte.

Wirtschaft und Verkehr

Telephongebühren und Staatsämter.

Einer Verordnung des Ministers für Post- und Telegraphen zufolge müssen die Staatsbehörden und Ämter alle Telephongebühren ebenso bezahlen wie Private. Ausgenommen sind nur Telephone und telephonische Gespräche der Minister und der Militärbehörden, für die letzteren aber bloß für die Zeit der Mobilisierung oder des Krieges.

Die Handelskrise in Jugoslawien.

Einer deutschen Korrespondenz wird geschrieben: Der Tiefstand unseres Dinars, dessen Schwankungen viel zu geringfügig sind, um eine Hoffnung auf rasche Besserung zu rechtfertigen, ruft fortgesetzt schwere Störungen auf dem südslawischen Markte hervor. In industriellen Kreisen ist man der Ansicht, daß ein Moratorium für Auslandszahlungen nicht der Ausweg sei, um den betroffenen Kaufleuten und Händlern in ihrer bedrängten Lage zu helfen, haben doch italienische Banken bereits einigen unserer Firmen den Kredit so lange gesperrt, als nicht die Frage des eventuellen Moratoriums definitiv gelöst ist. Tschechische Lieferanten haben vorgeschlagen, einen Ausgleich mit der Valutarelation 3:1 herbeizuführen. Bereits Ende 1918 betrug die Summe der Auslandschulden gegen 250 Millionen Franken, die man jedoch nicht durch Devisen deckte, da man mit einem Steigen des Dinars rechnete. Die Auslandsverpflichtungen, die heute in Betracht kommen, lauten zumeist auf Lire, Pfund und tschechische Kronen.

Ausfuhrverbot auf Gold in Rumänien. Das rumänische Finanzministerium hat verordnet, daß das in Rumänien gegrabene Gold nicht mehr ausgeführt werden dürfe, sondern daß es im Staate zu verbleiben habe als Golddeckung für das rumänische Geld.

Hamburg - Amerika - Linie - Frankfurter Internationale Messen. Seit längerer Zeit zwischen den Leitungen der beiden Institute geführte Verhandlungen, die auf die gegenseitige Förderung gemeinsamer Interessen auf verschiedenen Arbeitsgebieten abzielen, haben ein volles Einvernehmen in Bezug auf die beiderseitigen Absichten erzielt. Die vertraglichen Abmachungen zwischen den beiden Gesellschaften hieüber stehen vor dem Abschluß.

Eine gute Frau und Mutter hat stets einige Flaschen Apotheker-Fellers wohltuendes „Elafluid“ im Hause. Es leistet bei Einreibungen der Glieder, des Rückens u. s. w., als Kosmetikum für Mund, Haut und Kopf gute Dienste, weitaus stärker, ausgiebiger und wirksamer als Franzbranntwein. 3 Doppelflaschen oder 1 Spezialflasche samt Packung und Porto um 48 K. versendet: Eugen B. Feller, Stubica donja, Elaplatz Nr. 335, Kroatien. ba

Staatsbeamter

Ende der Dreissig, grosse tadellose Erscheinung, sucht Bekanntschaft mit einem Mädchen oder Witwe aus vermögendem Hause. Nicht-anonyme Zuschriften sind erbeten unter „Staatsbeamter 27688“ an die Verwaltung des Blattes.

Visum für Pässe

besorgt billigst und schnell Julius Krajšek, Celje, Za kresijo Nr. 10.

Pianino

wird zu kaufen gesucht. Anträge an die Verwaltung des Blattes.

Verloren

wurde am 30. November 1921 auf dem Wege von der Gosposka ulica zum Bahnhof eine Lederbrieftasche mit einem Inhalt von ca. K 25.000 und 2 Objave. Der redliche Finder erhält für die Rückstellung K 10.000. Franz Remić, Šmartno ob Dreti.

Billig zu verkaufen

ein Paar schwarze Damenschuhe Nr. 39 und ein Paar weisse aus Leder, mehrere Jacken, ein Mantel und Wäsche, ein leichter Herrensportrock. Anzufragen Zavodna Nr. 2.

Für ein grosses Sägewerk in Bosnien werden gesucht:

5 selbständige, tüchtige Gattermeister

2 besonders tüchtige Gattermeister

welche sich später als Sägemeister eignen würden und

3 Sägeschärfer (Schleifer)

Nähere Bedingungen zu erfahren bei der Eisengrosshandlung D. Rakusch, Celje.

Korani

Asbestschiefer, das anerkannt beste Mittel der Gegenwart zur Bedeckung der Dächer und Belag von Mauern. Fabrik in Karlovac (Kroatien).

Generalvertretung für Slovenien:

Fran Hočevan, Moste, p. Žirovnica, Gorenjsko.

Bauunternehmer, Dachdecker und alle, die ein gut gedecktes Haus haben wollen, gesichert gegen Regen, Hagel, Schnee, Feuergefahr und Sturm, verlangen Offerte!